

Hamm, 16. Oktober 1998

An den Vorsitzenden des
Unterausschusses Personal
des Haushalts- und Finanzausschusses
Herrn Peter Bensmann MdL
Postfach 101143

40002 Düsseldorf



Betr.: Anhörung zum Entwurf des Personalhaushalts 1999
am 21. Oktober 1998, 14.00 Uhr

Sehr geehrter Herr Bensmann,
sehr geehrte Damen und Herren!

Der vorliegende Haushaltsentwurf für 1999 ist wegen der von den Richtern und Staatsanwälten stark kritisierten Zusammenlegung von Innen und Justiz schon durch die äußere Form nicht mehr vergleichbar. Weil die Verschmelzung der beiden Ministerien nicht endgültig sein wird, hätte der Landtag eine saubere Trennung der Teilhaushalte in den Einzelplänen verlangen sollen. In der Praxis ist die Verschmelzung der Ministerien nicht vollzogen. Seit Juni dieses Jahres beschäftigt sich das Haus mit der Umorganisation und der Geschäftsverteilung. Synergieeffekte sind nach wie vor nicht zu erkennen. Allenfalls der Wegfall einer Ministerstelle ist durch Räumung des Dienstzimmers am Martin-Luther-Platz augenfällig geworden. Wir hoffen, daß die Zusammenlegung rückgängig gemacht wird. Auch in den anderen Bundesländern und in befreundeten europäischen Nachbarstaaten hat

Nordrhein-Westfalen für diesen Organisationsakt nur Kopfschütteln als Reaktion erfahren. Der Landtag hat hier seine verfassungspolitische Wächteraufgabe gegenüber der Regierung nicht erfüllt.

Gleichwohl: Der Stellenplan für Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte weist keine Verkleinerung auf. Das ist aber nicht genug, um die beschworenen Bemühungen des Ministers, die Justiz leistungsfähiger zu machen, tatsächlich umzusetzen. Wir begrüßen die Fortschreibung der Ausnahmen von der Wiederbesetzungssperre auch für das Jahr 1999 und weisen darauf hin, daß dies der Normalzustand ist. Belassen Sie es bei dem Grundsatz, daß als notwendig erachtete Stellen besetzt werden müssen.

Die Justizaufgaben sind jedoch nicht weniger, sondern vielfältiger geworden. Ich nehmen Bezug auf die Anlage 1, in der der Geschäftsanfall bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften für 1997 übersichtlich dargestellt ist (aus JMBL 1998, S. 218). Bei den Amtsgerichten sind die Mahnsachen um 8 % gestiegen. Die Erledigungen in Zivilprozeßsachen sind von 1995 auf 1996 um 2 % und von 1996 auf 1997 erneut um 1,3 % zurückgegangen. Das ist die Auswirkung der Streitwerterhöhung von 1993 auf 10.000,00 DM und nicht als nachlassende Arbeitsleistung zu verstehen. Bei den Familiensachen und in der freiwilligen Gerichtsbarkeit sind keine evidenten Veränderungen eingetreten. Allerdings sind die Auswirkungen der umfassenden gesetzlichen Änderungen im Kindschaftsrecht ab 1.7.1998 noch nicht zu erkennen. Die Strafsachen bei den Amtsgerichten nahmen weiter zu, und zwar von 1995 auf 1996 um 2 % und von 1996 auf 1997 um 1,6 %. Bei den Landgerichten haben die Geschäftszahlen in Zivil- und Strafsachen erster und zweiter Instanz im wesentlichen keine Veränderungen gezeigt, wobei eine Steigerung in den Berufungsstrafsachen um 4,6 % auffällt und als Folgeerscheinung des Anstiegs der Strafsachen bei den Amtsgerichten zu verstehen ist. Weiter fällt auf, daß die Erledigungen mit

einer erheblich höheren Zahl von Verhandlungen erreicht wurden, was auf die reduzierte Besetzung der großen Strafkammern zurückzuführen sein dürfte. Bei den Oberlandesgerichten sind die Eingangszahlen für Familien- und Strafsachen gestiegen, und zwar um 4 bzw. 7,5 %. Bei den Staatsanwaltschaften sind die Eingangszahlen in 1997 gegenüber 1996 um etwas mehr als 1 % gestiegen. Von den 938.938 Erledigungen in 1997 entfielen 268.649 (= 28,6 %) auf Anklagen, Strafbefehle, beschleunigte oder vereinfachte Verfahren, während 670.289 (= 71,4 %) Verfahren eingestellt, zurückgewiesen oder auf andere Art erledigt wurden. Ich nehme auf meine Stellungnahme vor diesem Unterausschuß aus 1997 Bezug und weise darauf hin, daß damit die sog. Einstellungsquote bei den Staatsanwaltschaften in einem Jahr um knapp 1 % gesteigert worden ist.

Die Insolvenzordnung tritt zum 1.1.1999 in Kraft. Dafür sind keine zusätzlichen Stellen geschaffen worden, obwohl erheblich mehr Aufgaben von den dafür zuständigen 19 Amtsgerichten am Sitz der Landgerichte zu bewältigen sind. Im Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm werden für diese Aufgaben in den 10 Amtsgerichten insgesamt 28 Richterkräfte eingesetzt werden. Im Lande beläuft sich die Zahl auf etwa 50 Richterkräfte. Darin sind die bisher in Konkursgerichten tätigen Richter eingerechnet. Das ist erheblich zu wenig, um alle Aufgaben erledigen zu können. Ich verweise auf die prognostizierten Geschäftszahlen, die ich im letzten Jahr vorgelegt habe. Danach werden bis zu 200 Richterkräfte zusätzlich benötigt werden. Der Start eines neuen Gesetzes kann sich deshalb als ein Fehlstart erweisen, weil die für den Vollzug des Gesetzes verantwortlichen Länder die notwendigen Kräfte nicht bewilligen. Das Land Nordrhein-Westfalen macht dabei eine unrühmliche Ausnahme. Die meisten Bundesländer, u.a. Niedersachsen, haben zusätzliche Stellen bewilligt. Sie haben bisher nur eine Ausnahme von der Wiederbesetzungssperre beschlossen. Da die Ausnahme von der Ausnahme bedeutet, daß der Grundsatz wieder zur Geltung

kommt, hat NRW für die Durchführung der Insolvenzordnung in personeller Hinsicht nichts, ich wiederhole: nichts getan.

Im Zusammenhang mit der Entscheidung des Landesgesetzgebers, die Insolvenzgerichte bei den Amtsgerichten am Sitz der Landgerichte zu konzentrieren, weise ich darauf hin, daß diese Amtsgerichte bereits durch andere Entscheidungen mit zusätzlichen Aufgaben betraut sind. So sind hier z.B. die Zuständigkeiten für Steuerstrafsachen, Umweltstrafsachen, Schifffahrtssachen konzentriert. Die Verwaltungsstruktur dieser Gerichte ist indessen nicht entsprechend angepaßt worden. Bei Präsidialamtsgerichten, die immer am Sitz des Landgerichts eingerichtet sind, ist der Personalschlüssel für die Verwaltung des Gerichtes etwas günstiger ausgelegt. Außerdem ist die Beförderungsstruktur für die Leiter der Gerichte und die aufsichtsführenden Richter besser. In anderen Bundesländern sind erheblich kleinere Amtsgerichte als Präsidialgerichte ausgestaltet.

In der Anlage 2 habe ich eine Übersicht der Amtsgerichte am Sitz der Landgerichte und der Präsidialgerichte in den Bundesländern beigefügt. Die Zahl der Richterstellen gilt allgemein als Maßstab für die Größe der Gerichte, weil der Personalbestand der nichtrichterlichen Kräfte einschließlich der Verwaltungskräfte von den Richterstellen abhängt.

Zusammengefaßt heißt das: Geschäftszahlen und Aufgabenzuwachs im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften weisen eine weiter steigende Belastung der Justiz aus, die in personeller Hinsicht seit Jahren nicht mehr ausgeglichen wird. Da die Verminderung von Arbeitsaufgaben entweder nicht gewollt, aber jedenfalls nicht erreicht wird, müssen die Personalhaushalte in der Justiz angehoben werden. Politische Vorgaben, daß der Personalhaushalt nicht ausgeweitet werden darf, können in einem Dienstbereich, der fast ausschließlich in der Dienstleistung am Recht und für den Bürger besteht, keine Geltung beanspruchen, zumal es sich hier

um eine der wenigen klassischen Staatsaufgaben handelt, die vorrangig vor freiwillig übernommenen sozialen Verpflichtungen des Staates zu erfüllen sind.

Die Richter und Staatsanwälte haben im Vergleich zu anderen Westländern immer noch die höchste Arbeitsbelastung. In NRW 1997 standen einem an Pensenzahlen ausgerichteten Bedarf von 4.325,5 Richtern für die ordentliche Gerichtsbarkeit lediglich 3.604,50 Stellen gegenüber, das sind im Durchschnitt 1,231 Pensen pro Richter. Eine vergleichbare Belastung hatten nur die Kollegen in Bayern mit 1,248 Pensen. Der Bundesdurchschnitt, der maßgeblich von NRW mitbeeinflusst ist, lag bei 1,20.

Tatsächlich waren aber von den vorhandenen Stellen in 1996 durchschnittlich 190,6 Richterstellen unbesetzt, so daß die Belastungsquote rechnerisch bei 132,75 % lag.

Zu der personellen Belastung in der Staatsanwaltschaft überreiche ich die Anlage 3, die Herr Thiemann weiter erläutern wird. Für die Fachgerichtsbarkeiten werden die Vorsitzenden der selbständigen Landesverbände kurze Stellungnahmen abgeben.

Mit freundlichen Grüßen

(Nüsse)

Bekanntmachungen

Nr. 40. Übersicht über den Geschäftsanfall bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften im Jahre 1997

Bekanntmachung d. MIJ
vom 7. Juli 1998 (1441 E - II C. 1/98)

- JMBl. NW S. 218 -

(Letzte Übersicht über das Jahr 1996 im JMBl. NW 1997 S. 196)

Teil I. Amtsgerichte

A. Zivilsachen

I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten

	1995	1996	1997
1. Mahnsachen	1.861.381	2.296.185	2.481.805
2. Zivilprozeßsachen			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	427.547	420.013	415.918
2. Erledigte Verfahren	433.288	424.831	419.208
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	176.749	171.601	168.277
b) Erledigte Verfahren	433.288	424.831	419.208
davon waren			
1. Prozeßkostenhilfeverfahren	1.090 (0,3 %)	1.074 (0,3 %)	1.221 (0,3 %)
2. Kindschaftssachen nach § 640 ZPO	7.389 (1,7 %)	7.656 (1,8 %)	7.898 (1,9 %)
3. Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	1.773 (0,4 %)	1.615 (0,4 %)	1.506 (0,4 %)
4. Arreste oder einstweilige Verfügungen	12.446 (2,9 %)	12.140 (2,9 %)	12.682 (3,0 %)
5. Aufgebotsverfahren	3.726 (0,9 %)	3.817 (0,9 %)	3.635 (0,9 %)
6. Klagen in Zwangsvollstreckungssachen	918 (0,2 %)	871 (0,2 %)	785 (0,2 %)
Gewöhnliche Prozesse über			
7. - Wohnungsmietrecht (Wohnungsmiet-sachen)	82.389 (19,0 %)	82.693 (19,5 %)	84.638 (20,2 %)
8. - Unterhaltsrecht	2.434 (0,6 %)	2.941 (0,7 %)	2.534 (0,6 %)
9. - Verkehrs-unfallrecht	41.104 (9,5 %)	39.500 (9,3 %)	38.444 (9,2 %)
10. - Bau-/Archi-tektenrecht	3.322 (0,8 %)	3.059 (0,7 %)	2.727 (0,7 %)
11. - Kaufrecht	58.946 (13,6 %)	58.935 (13,9 %)	53.306 (12,7 %)

	1995	1996	1997
12. Sonstige gewöhnliche Prozesse/sonstiger Verfahrens-gegenstand	217.751 (50,3 %)	210.530 (49,6 %)	209.832 (50,1 %)
3. Verteilungsverfahren	85	83	85
4. Zwangsversteigerungen von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens	12.114	12.642	13.323
5. Zwangs-verwaltungen	4.437	4.645	4.933
6. Sonstige zur Zuständigkeit des Vollstreckungsgerichts gehörige Vollstreckungs-sachen	1.011.210	1.039.750	1.053.677
7. Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Streitverfahrens	61.755	22.646	10.542
II. Familiensachen			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	117.496	121.099	121.958
2. Erledigte Verfahren	118.033	120.834	123.185
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	88.612	88.856	87.562
b) Erledigte Verfahren	118.033	120.834	123.185
davon waren			
1. Scheidungs-verfahren	51.490 (43,6 %)	52.782 (43,7 %)	53.996 (43,8 %)
2. Andere Eheverfahren	741 (0,6 %)	757 (0,6 %)	879 (0,7 %)
3. Verfahren über abgetrennte Schei-dungsfolgesachen	4.697 (4,0 %)	4.528 (3,7 %)	4.728 (3,8 %)
4. Verfahren über allein anhängige andere Familiensachen	58.154 (49,3 %)	59.613 (49,3 %)	60.307 (49,0 %)
5. Prozeßkostenhilfe-verfahren	2.951 (2,5 %)	3.154 (2,6 %)	3.275 (2,7 %)
c) Unter den erledigten Scheidungsverfahren waren nur mit Versorgungsausgleich anhängig	23.259	23.819	23.853
d) Mit den erledigten Scheidungsverfahren waren an Scheidungs- folgesachen anhängig	89.899	92.114	93.449
davon betrafen			
1. Regelung der elterlichen Sorge	25.647	26.397	27.722
2. Regelung des Umgangs mit dem Kinde	1.282	1.202	1.165
3. Herausgabe eines Kindes	55	37	40
4. Unterhalt für ein Kind	2.076	2.000	1.948

	1995	1996	1997		1995	1996	1997
5. Unterhalt für den Ehegatten	4.429	4.253	4.284	- Antrag auf Erteilung eines Berechtigungsscheines schriftlich zurückgewiesen	2.280	2.962	2.442
6. Versorgungsausgleich	51.490	53.782	53.996	6. Art der durch die Rechtsanwaltschaft gewährte Beratungshilfe			
7. Wohnung, Hausrat	2.886	2.559	2.405	- Beratung und Auskunft (§ 132 Abs. 1 BRAGO)	11.490	12.445	15.545
8. eheliches Güterrecht	2.034	1.884	1.889	- Vertretung (§ 132 Abs. 1 BRAGO)	40.863	47.590	53.360
e) Die erledigten Verfahren über allein anhängige andere Familiensachen betrafen				- Abschluß eines Vergleichs oder Erledigung der Rechtsache (§ 132 Abs. 3 BRAGO)	1.607	2.001	2.504
1. Regelung der elterlichen Sorge	11.445	11.792	12.187	7. Sonstige Handlungen und Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit (einschl. Anträge auf Gewährung richterlicher Vertragshilfe)	23.758	18.326	16.951
2. Regelung des Umgangs mit dem Kinde	4.897	4.948	5.091	8. Grundbuchsachen			
3. Herausgabe eines Kindes	425	367	367	a) Eintragungen von Eigentumsveränderungen	558.846	537.898	492.086
4. Unterhalt für ein Kind	17.605	19.037	19.505	b) Eintragungen und Löschungen in Abt. II und III	2.670.942	2.737.253	2.782.325
5. Unterhalt für den Ehegatten	23.143	23.232	23.041	9. Vermittlungen von Auseinandersetzungen und sonstige Handlungen des Nachlaßgerichts außerhalb eines Verfahrens auf Vermittlung der Auseinandersetzung und Erbenermittlungen	81.075	82.630	80.258
6. Versorgungsausgleich	1.844	1.996	2.004	10. Am Jahreschluß blieben anhängig			
7. Wohnung, Hausrat	4.492	4.071	3.811	- Betreuungen	146.136	163.271	175.274
8. eheliches Güterrecht	1.540	1.556	1.556	- Vormundschaften	26.924	27.732	28.198
f) Anträge außerhalb eines anhängigen Verfahrens	213	171	184	- Pfiogschaften	186.870	197.184	205.519
III. Konkurs- und Vergleichsverfahren				- Beistandschaften	7.957	8.072	7.991
1. Eröffnungen von Konkursverfahren einschl. Anschlußkonkursen	1.782	1.988	2.090	Gesamtzahl	367.887	396.259	416.982
2. Eröffnungen von Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses	126	151	108	- darunter solche mit förmlicher Rechnungslegung	36.457	26.719	48.748
IV. Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit				11. Verfahren auf vormundschaftsgerichtliche Genehmigung zur Unterbringung	40.512	43.280	45.374
1. Beurkundungen von Rechtsgeschäften und tatsächlichen Vorgängen	45.062	47.248	47.221	12. Andere vormundschaftsgerichtliche Angelegenheiten	36.632	39.049	43.542
2. Standesamtssachen	4.560	3.852	4.126	13. Betreuungen	32.176	39.080	48.533
3. Verfügungen von Todes wegen (zur Verwahrung übergebene oder abgegebene, abgelieferte und zur Aufbewahrung übersandte Verfügungen)	95.967	96.205	94.508	14. Adoptionssachen	2.808	2.756	2.689
4. Anträge auf Todeserklärung und Feststellung der Todeszeit	511	497	389	15. Registersachen			
5. Erledigungen von Angelegenheiten nach dem Beratungshilfegesetz				a) Eingetragene Vereine			
- Berechtigungsschein erteilt auf unmittelbaren Antrag der/des Rechtssuchenden	20.721	22.876	26.652	- Eintragungen	3.945	4.160	3.940
- Berechtigungsschein erteilt auf einen mit Hilfe einer Rechtsanwältin/eines Rechtsanwalts und/oder nachträglich gestellten Antrags	43.725	47.300	57.662	- Löschungen	833	786	882
				- Bestand am Jahresende	86.252	89.626	92.684
				b) Güterrechtsregister			
				- Eintragungen	1.678	1.626	1.523
				- Löschungen	108	122	128

	1995	1996	1997
c) Partnerschaftsregister			
Eintragungen	26	106	207
Löschungen	0	1	5
Bestand am Jahresende	26	131	332
d) In das Handelsregister eingetragene Einzelkaufleute, juristische Personen, offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften			
Eintragungen	3.427	3.782	3.925
Löschungen	3.616	3.509	3.455
Bestand am Jahresende	84.331	84.608	85.400
e) Aktiengesellschaften			
Eintragungen	97	134	142
Löschungen	43	34	38
Bestand am Jahresende	1.839	1.939	2.043
f) Kommanditgesellschaften auf Aktien			
Eintragungen	0	2	2
Löschungen	0	1	1
Bestand am Jahresende	21	22	23
g) Gesellschaften mit beschränkter Haftung			
Eintragungen	15.363	15.220	16.103
Löschungen	8.691	8.990	9.784
Bestand am Jahresende	169.158	175.388	181.683
h) Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit			
Eintragungen	2	1	1
Löschungen	1	0	0
Bestand am Jahresende	22	23	24
i) Eingetragene Genossenschaften			
Eintragungen	11	8	8
Löschungen	27	30	36
Bestand am Jahresende	1.458	1.436	1.408
j) Musterregister			
Löschungen	1.311	685	681
k) Seeschiffe			
Eintragungen	49	43	54
Löschungen	38	36	38
Bestand am Jahresende	777	784	800
l) Binnenschiffe			
Eintragungen	55	49	59
Löschungen	69	43	56
Bestand am Jahresende	1.830	1.836	1.839
16. Kirchenaustritte	108.306	86.664	80.324
17. Unterbringungssachen			
- auf Grund des Bundesgesetzes über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehung	10.037	8.817	9.080
- darunter Verfahren über Abschiebehaft gemäß § 57 AuslG	7.986	7.161	7.833
18. Landwirtschaftssachen	4.405	4.053	4.041

B. Strafsachen und Bußgeldverfahren

	1995	1996	1997
I. Strafsachen			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	190.636	194.421	197.549
2. Erledigte Verfahren	193.158	193.643	197.731
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	68.568	69.180	68.833
b) Erledigte Verfahren davon waren	193.158	193.643	197.731
1. Anklagen	152.119	153.623	156.802
2. Beschleunigte Verfahren	1.163	1.465	2.294
3. Vereinfachte Jugendverfahren (§ 76 JGG)	1.634	1.582	1.578
4. Hauptverhandlungen nach § 408 Abs. 3 StPO	1.616	1.917	2.210
5. Einsprüche gegen Strafbefehle	34.395	32.896	33.069
6. Privatklageverfahren	653	570	550
7. Objektive Verfahren	226	125	126
8. Nachverfahren nach § 439 StPO	3	6	7
9. Eröffnungen durch Gerichte höherer Ordnung	44	55	56
10. Sicherungsverfahren	4	4	7
c) Urteile	87.832	88.284	90.728
d) Hauptverhandlungen	163.831	164.147	166.439
II. Bußgeldverfahren			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	92.704	92.370	88.655
2. Erledigte Verfahren	91.506	92.887	89.433
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	21.770	21.276	20.468
b) Erledigte Verfahren davon waren	91.506	92.887	89.433
Einspruch gegen Bußgeldbescheid	91.270	92.640	89.174
c) Urteile	30.290	29.282	28.521
d) Verfahren mit Hauptverhandlung	57.846	57.018	54.402
e) Erzwangungshaftanträge	140.654	141.622	149.830
C. Rechtshilfesachen			
1. Ersuchen an das Amtsgericht davon Zuständigkeit	65.479	68.789	69.087
- des Richters	26.606	26.120	25.921
- des Rechtspflegers	38.873	42.669	43.166
2. Ersuchen an die Geschäftsstelle	106.478	93.843	77.613
D. Hinterlegungssachen			
Zahl der anhängig gewordenen Sachen	8.570	8.471	8.947

Teil II. Landgerichte

A. Zivilsachen

I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in 1. Instanz

	1995	1996	1997
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsfall)	86.487	86.985	86.775
2. Erledigte Verfahren	85.164	85.748	86.658
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	54.844	56.039	56.168
b) Erledigte Verfahren	85.164	85.748	86.658
davon waren			
1. Prozeßkostenhilfeverfahren	926 (1,1 %)	1.029 (1,2 %)	1.026 (1,2 %)
2. Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	1.211 (1,4 %)	1.121 (1,3 %)	1.001 (1,2 %)
3. Arreste oder einstweilige Verfügungen	4.935 (5,8 %)	5.062 (5,9 %)	5.422 (6,3 %)
4. Klagen in Zwangsvollstreckungssachen	845 (1,0 %)	835 (1,0 %)	782 (0,9 %)
5. Baulandsachen	85 (0,1 %)	69 (0,1 %)	86 (0,1 %)
6. Entschädigungs-/Rückerstattungssachen	154 (0,2 %)	127 (0,1 %)	133 (0,2 %)
Gewöhnliche Prozesse über			
7. - Verkehrsunfallrecht	3.167 (3,7 %)	2.804 (3,3 %)	2.652 (3,1 %)
8. - Bau-/Architektenrecht	3.740 (4,4 %)	3.911 (4,6 %)	3.940 (4,5 %)
9. - Kaufrecht	13.713 (16,1 %)	13.128 (15,3 %)	13.154 (15,2 %)
10. Sonstige gewöhnliche Prozesse/sonstiger Verfahrensgegenstand	56.400 (66,2 %)	57.662 (67,2 %)	58.462 (67,5 %)

II. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinstanz

a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsfall)	28.501	28.438	27.786
2. Erledigte Verfahren	28.175	28.321	28.431
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	12.982	13.079	12.387
b) Erledigte Verfahren	28.175	28.321	28.431
davon waren			
1. Prozeßkostenhilfeverfahren	46 (0,2 %)	55 (0,2 %)	56 (0,2 %)
2. Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	46 (0,2 %)	44 (0,2 %)	38 (0,1 %)
3. Arreste oder einstweilige Verfügungen	263 (0,9 %)	178 (0,6 %)	178 (0,6 %)
4. Klagen in Zwangsvollstreckungssachen	79 (0,3 %)	63 (0,2 %)	51 (0,2 %)

1995 1996 1997

Gewöhnliche Prozesse über

5. - Wohnungsmietrecht (Wohnungsmiet-sachen)	6.800 (24,1 %)	6.794 (24,0 %)	6.500 (22,9 %)
6. - Unterhaltsrecht	140 (0,5 %)	150 (0,5 %)	157 (0,6 %)
7. - Verkehrsunfallrecht	3.880 (13,8 %)	4.038 (14,3 %)	4.212 (14,8 %)
8. - Bau-/Architektenrecht	340 (1,2 %)	313 (1,1 %)	303 (1,1 %)
9. - Kaufrecht	2.776 (9,9 %)	2.877 (10,2 %)	2.987 (10,5 %)
10. - Sonstige gewöhnliche Prozesse/sonstiger Verfahrensgegenstand	13.805 (49,0 %)	13.809 (48,8 %)	13.949 (49,1 %)

III. Beschwerden

Eingänge	24.387	25.668	26.936
davon waren			
1. Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl. der Kostensachen auf diesem Gebiet und der Beschwerden nach § 156 KostO	10.344	10.719	11.419
2. Sonstige Beschwerden	14.043	14.949	15.517

B. Strafsachen

I. Strafsachen in 1. Instanz

a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsfall)	3.480	3.519	3.687
2. Erledigte Verfahren	3.500	3.492	3.849
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	1.570	1.592	1.435
b) Erledigte Verfahren	3.500	3.492	3.849
davon waren			
1. Anklagen	3.038	3.060	3.427
2. Objektive Verfahren	8	7	5
3. Nachverfahren nach § 439 StPO	0	1	0
4. Sicherungsverfahren	57	54	58
5. Vorlagen/Verweisungen durch Gerichte niederer Ordnung	220	191	208
6. Eröffnungen durch Gerichte höherer Ordnung	6	5	13
c) Urteile	2.456	2.429	2.503
d) Hauptverhandlungen	2.856	2.797	3.031

II. Strafsachen in der Berufungsinstanz

a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsfall)	12.405	12.366	12.942
2. Erledigte Verfahren	12.498	12.205	12.667
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	3.531	3.696	3.961

	1995	1996	1997
b) Erledigte Verfahren	12.498	12.205	12.667
davon waren			
1. Oficialverfahren	12.327	11.951	12.277
2. Privatklageverfahren	43	53	43
c) Urteile	6.066	5.787	6.212
d) Hauptverhandlungen	10.114	9.946	10.229

III. Beschwerden

Eingänge	13.745	14.751	13.902
----------	--------	--------	--------

IV. Verfahren vor der Strafvollstreckungskammer

Verfahren nach §§ 462 a, 463 StPO vor der

1. großen	893	1.027	1.026
2. kleinen	23.244	22.687	23.509

Strafvollstreckungskammer

Teil III. Staatsanwaltschaften**A. Ermittlungsverfahren**

a) Geschäftsentwicklung (Js-Sachen)			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	867.759	908.048	917.685
2. Erledigte Verfahren	868.126	906.206	938.938
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	143.542	144.118	121.824
davon			
aa) staatsanwaltliche Dezernate			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	466.872	499.552	506.945
2. Erledigte Verfahren	462.333	495.309	518.502
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	89.481	92.697	80.272
bb) amtsanwaltliche Dezernate			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	400.887	408.496	410.740
2. Erledigte Verfahren	405.793	410.897	420.436
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	54.061	51.421	41.552
b) Erledigte Verfahren	868.126	906.206	938.938
davon wurden beendet durch			
1. Anklage vor dem Schwurgericht, der großen Strafkammer, der Jugendkammer	2.521	2.563	2.693
2. Anklage vor dem Schöffengericht, dem Jugendschöffengericht	20.591	18.939	19.057
3. Anklage vor dem Strafrichter, dem Jugendrichter	113.407	118.097	120.016
4. Antrag auf Erlass eines Strafbefehls	123.120	122.680	121.458
5. Einstellung oder Zurückweisung	486.389	517.016	575.241
6. Entscheidung im beschleunigten Verfahren	1.567	2.097	3.369
7. Vereinfachtes Jugendverfahren	1.929	1.900	2.056
8. Andere Art der Erledigung	120.169	122.914	95.048

	1995	1996	1997
c) Verfahren wegen Straftaten im Straßenverkehr	243.008	235.123	237.712

d) Zahl der Personen, gegen die ermittelt wurde	1.011.360	1.058.775	1.104.858
davon Zahl der Personen,			
1. gegen die angeklagt wurde	162.331	166.946	171.012
2. gegen die Strafbefehl beantragt wurde	126.143	125.807	124.462
3. bezüglich deren sich das Verfahren in anderer Weise erledigte	722.886	766.022	809.384

e) Die erledigten Verfahren betrafen			
1. 1 Person	767.081	799.255	823.141
2. 2 Personen	76.970	80.855	87.282
3. 3 Personen	15.514	16.712	18.124
4. 4 bis 10 Personen	8.286	9.167	10.122
5. 11 und mehr Personen	275	217	269

f) Anzeigen gegen unbekannte Täter (UJs-Sachen)	864.630	793.887	779.118
---	---------	---------	---------

g) Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	93.471	93.178	89.919
--	--------	--------	--------

B. Sonstige Tätigkeit

a) Gnadensachen	4.426	4.293	4.669
b) Entschädigungssachen nach dem StrEG	167	276	5.001
c) Zivilsachen	573	538	557
d) Rechtshilfesachen	23.123	20.336	20.586
e) Zahl der Personen, gegen die eine Vollstreckung eingeleitet wurde	298.084	301.656	312.196

Teil IV. Oberlandesgericht**A. Zivilsachen****I. Berufungen**

a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	14.653	14.931	15.019
2. Erledigte Verfahren	15.277	14.930	15.078
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	9.960	9.968	9.967
b) Erledigte Verfahren	15.277	14.930	15.078
davon waren			
1. Prozeßkostenhilfeverfahren	22 (0,1 %)	20 (0,1 %)	41 (0,3 %)
2. Kindschaftssachen nach § 640 ZPO	89 (0,6 %)	70 (0,5 %)	68 (0,5 %)
3. Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	51 (0,3 %)	36 (0,2 %)	53 (0,4 %)
4. Arreste oder einstweilige Verfügungen	183 (1,2 %)	167 (1,1 %)	222 (1,5 %)
5. Klagen in Zwangsvollstreckungssachen	11 (0,1 %)	7 (0,0 %)	12 (0,1 %)

	1995	1996	1997		1995	1996	1997
6. Baulandsachen	40 (0,3 %)	31 (0,2 %)	20 (0,1 %)	d) Von den erledigten Verfahren über Berufungen/ Beschwerden gegen die Scheidung aussprechende Urteile hatten zum Gegenstand			
7. Entschädigungs-/ Rückerstattungssachen	35 (0,2 %)	43 (0,3 %)	27 (0,2 %)	1. nur Scheidungssachen	124	112	141
Gewöhnliche Prozesse über				2. sowohl Scheidungs- sachen als auch Scheidungsfolgesachen	104	113	98
8. - Verkehrsunfallrecht	773 (5,1 %)	709 (4,7 %)	653 (4,3 %)	3. nur Scheidungs- folgesachen	583	637	703
9. - Bau-/ Architektenrecht	1.062 (7,0 %)	1.189 (8,0 %)	1.317 (8,7 %)	e) Die Verfahren über abge- trennte Scheidungsfolge- sachen und allein anhängige andere Familiensachen betrafen			
10. - Kaufrecht	930 (6,1 %)	864 (5,8 %)	839 (5,6 %)	1. Regelung der elterlichen Sorge	480	510	530
11. Sonstige gewöhnliche Prozesse/sonstiger Verfahrens- gegenstand	12.081 (79,1 %)	11.794 (79,0 %)	11.826 (78,4 %)	2. Regelung des Umgangs mit dem Kinde	250	278	233
II. Beschwerden				3. Herausgabe eines Kindes	21	27	31
Eingänge	7.035	7.707	8.092	4. Unterhalt für ein Kind	1.457	1.590	1.703
davon waren				5. Unterhalt für den Ehegatten	3.615	3.740	3.648
1. Beschwerden in Landwirtschaftssachen	67	61	58	6. Versorgungsausgleich	974	1.014	1.072
2. Verfahren nach § 23 EGGVG	23	18	28	7. Wohnung, Hausrat	201	219	172
3. Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl. der Kostensachen auf diesem Gebiet und der Beschwerden nach § 156 KostO	1.285	1.368	1.618	8. eheliches Güterrecht	199	217	234
4. Sonstige Beschwerden	5.660	6.260	6.388	f) Unter den erledigten Verfahren hatten einen Versorgungsausgleich zum Gegenstand	1.060	1.118	1.164
				g) Anträge außerhalb eines anhängigen Verfahrens	13	35	22
				II. Sonstige Beschwerden			
B. Familiensachen				a) Geschäftsentwicklung			
I. Berufungen und Beschwerden gegen Endentscheidungen				1. Eingänge (Geschäftsanfall)	5.769	5.939	6.025
a) Geschäftsentwicklung				2. Erledigte Verfahren	5.683	5.902	6.084
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	6.902	7.097	7.376	3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	599	634	574
2. Erledigte Verfahren	6.765	7.069	7.126	b) Die erledigten Verfahren betrafen			
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	3.239	3.268	3.558	1. Prozeßkostenhilfe	3.769	4.002	4.110
b) Erledigte Verfahren	6.765	7.069	7.126	2. eine einstweilige Anordnung über			
davon waren				aa) elterliche Sorge	107	89	97
1. Scheidungsverfahren	272 (4,0 %)	256 (3,6 %)	283 (4,0 %)	bb) Herausgabe eines Kindes	9	11	4
2. Andere Eheverfahren	19 (0,3 %)	31 (0,4 %)	29 (0,4 %)	cc) Ehwohnung	64	36	32
3. Verfahren über abge- trennte Scheidungs- folgesachen und allein anhängige andere Familiensachen	6.451 (95,4 %)	6.758 (95,6 %)	6.797 (95,4 %)	3. die Aussetzung des Scheidungsverfahrens	0	1	2
4. Prozeßkosten- hilfverfahren	23 (0,3 %)	24 (0,3 %)	17 (0,2 %)	4. den Wert des Verfahrensgegenstands	432	347	438
c) Die erledigten Verfahren betrafen Berufungen/ Beschwerden gegen				5. eine Kosten- angelegenheit	525	499	525
1. die Scheidung aus- sprechende Urteile	811	862	942	6. eine sonstige Angelegenheit	789	926	898
2. sonstige Endent- scheidungen des Familiengerichts	5.931	6.183	6.167	C. Strafsachen und Bußgeldverfahren			
				I. Strafsachen in 1. Instanz			
				Eingänge (Geschäftsanfall)	25	24	7

**II. Revisionen und Rechtsbeschwerden
in Bußgeldverfahren**

	1995	1996	1997
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	2.862	2.977	3.201
2. Erledigte Verfahren	2.937	2.966	3.147
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	249	250	294
b) Erledigte Verfahren	2.937	2.966	3.147
davon waren			
1. Officialverfahren	1.164	1.104	1.256
2. Privatklageverfahren	1	10	0
3. Rechtsbeschwerden nach dem OWiG	674	915	968
4. Zulassungsanträge	1.098	937	923
c) Urteile (ab 1989 nur bei Revisionsinstanz)	47	62	87
Hauptverhandlungen (ab 1989 nur bei Revisionsinstanz)	23	30	23

Teil V. Generalstaatsanwaltschaften
A. Ermittlungsverfahren OJs

a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	87	22	5
2. Erledigte Verfahren	106	92	15
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	83	13	3
b) Erledigte Verfahren	106	92	15
davon wurden erledigt			
1. durch Anklage vor dem Oberlandesgericht	16	12	3
2. durch Einstellung oder Zurückweisung	86	47	12
3. auf sonstige Weise	4	33	0
c) Zahl der Personen, gegen die ermittelt wurde	139	119	28
davon Zahl der Personen,			
1. gegen die angeklagt wurde	20	14	9
2. bezüglich deren sich das Verfahren in anderer Weise erledigte	119	105	19

B. Sonstige Tätigkeit

a) Revisionen	1.438	1.205	1.393
b) Rechtsbeschwerden nach dem OWiG	1.746	1.936	1.943
c) Beschwerden gegen gerichtliche Entscheidungen	5.360	5.457	5.448
d) Beschwerden gegen Bescheide von Staats-/Amtsanwälten	5.847	6.226	6.065
e) Haftprüfungsverfahren	1.306	1.331	1.385
f) Aus- und Durchlieferungs- verfahren	1.638	2.052	1.469
g) Gnadensachen	2	12	10
h) Entschädigungssachen nach dem StrEG	523	686	645

Teil VI. Verwaltungsgerichte
A. Hauptverfahren

	1995	1996	1997
Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	56.316	53.894	51.987
2. Erledigte Verfahren	53.716	60.793	53.958
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	107.751	100.839	98.888
B. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz			
Geschäftsentwicklung			
a) der Numerus-clausus-Sachen			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	765	606	698
2. Erledigte Verfahren	847	596	687
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	230	241	253
b) der sonstigen Verfahren			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	19.060	18.719	23.518
2. Erledigte Verfahren	19.831	18.791	22.954
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	3.252	3.152	3.740

C. Sonstige Verfahren

1. Vollstreckungsverfahren	474	384	354
2. Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	235	192	227

Teil VII. Oberverwaltungsgericht
A. Erstinstanzliche Hauptverfahren

Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	182	196	232
2. Erledigte Verfahren	194	162	256
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	342	376	356

B. Berufungen
**Beschwerden gegen Hauptsacheentscheidungen
in Personalvertretungssachen und Beschwerden
in Disziplinarverfahren**

Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	8.056	7.505	6.240
2. Erledigte Verfahren	6.408	8.058	8.206
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	7.547	6.985	5.023

**C. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem
Rechtsschutz**

Geschäftsentwicklung			
a) der Numerus-clausus-Sachen			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	98	51	11
2. Erledigte Verfahren	104	45	17
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	0	6	0
b) der sonstigen Verfahren			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	3.554	3.204	3.300
2. Erledigte Verfahren	3.612	3.385	3.437
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	1.237	1.061	928

D. Sonstige Verfahren

	1995	1996	1997
1. Sonstige Beschwerden	1.291	1.453	1.100
2. Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	99	28	103

Teil VIII. Finanzgerichte**A. Klagen****Geschäftsentwicklung**

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	19.185	19.462	25.499
2. Erledigte Verfahren	21.171	20.681	21.487
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	29.525	28.273	32.260

B. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz**Geschäftsentwicklung**

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	2.540	3.026	3.583
2. Erledigte Verfahren	2.494	2.831	3.517
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	615	813	879

Nr. 41. Ungültigkeitserklärung eines Dienstausesweises

Bekanntmachung d. MIJ vom 26. Juni 1998
(2000 E - I B. 17/98) - JMBl. NW S. 225 -

AV d. JM vom 26. Februar 1987 (JMBl. NW S. 73)

Der von dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Köln für Sozialamtfrau Astrid Kiel am 6. November 1996 ausgestellte Dienstausesweis Nr. 18/96 wird hiermit für ungültig erklärt.

Ich bitte alle Justizbehörden, insbesondere die Justizvollzugsanstalten, Vorkehrungen zu treffen, um eine mißbräuchliche Benutzung des Ausweises zu verhindern. Feststellungen über den Verbleib des Ausweises sind umgehend dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Köln mitzuteilen.

Nr. 42. Ungültigkeitserklärung eines Dienstausesweises

Bekanntmachung d. MIJ vom 2. Juli 1998
(2000 E - I B. 18/98) - JMBl. NW S. 225 -

AV d. JM vom 26. Februar 1987 (JMBl. NW S. 73)

Der von dem Leiter der Justizvollzugsanstalt Hagen für Justizvollzugsoberssekretär z.A. Thomas Berkei am 25. Juni 1996 ausgestellte Dienstausesweis Nr. 668 wird hiermit für ungültig erklärt.

Ich bitte alle Justizbehörden, insbesondere die Justizvollzugsanstalten, Vorkehrungen zu treffen, um eine mißbräuchliche Benutzung des Ausweises zu verhindern. Feststellungen über den Verbleib des Ausweises sind umgehend dem Leiter der Justizvollzugsanstalt Hagen mitzuteilen.

Nr. 43. Ungültigkeitserklärung eines Dienstausesweises

Bekanntmachung d. MIJ vom 2. Juli 1998
(2000 E - I B. 19/98) - JMBl. NW S. 225 -

AV d. JM vom 26. Februar 1987 (JMBl. NW S. 73)

Der von dem Leiter der Justizvollzugsanstalt Castrop-Rauxel für Justizvollzugsoberssekretär Thomas Höltmann

am 30. Oktober 1990 ausgestellte Dienstausesweis Nr. 474 wird hiermit für ungültig erklärt.

Ich bitte alle Justizbehörden, insbesondere die Justizvollzugsanstalten, Vorkehrungen zu treffen, um eine mißbräuchliche Benutzung des Ausweises zu verhindern. Feststellungen über den Verbleib des Ausweises sind umgehend dem Leiter der Justizvollzugsanstalt Castrop-Rauxel mitzuteilen.

Nr. 44. Ungültigkeitserklärung eines Dienstausesweises

Bekanntmachung d. MIJ vom 6. Juli 1998
(2000 E - I B. 20/98) - JMBl. NW S. 225 -

AV d. JM vom 26. Februar 1987 (JMBl. NW S. 73)

Der von dem Leiter der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede I für Justizvollzugshauptsekretär Franz-Josef Wilsmann am 19. Dezember 1989 ausgestellte Dienstausesweis Nr. 885 wird hiermit für ungültig erklärt.

Ich bitte alle Justizbehörden, insbesondere die Justizvollzugsanstalten, Vorkehrungen zu treffen, um eine mißbräuchliche Benutzung des Ausweises zu verhindern. Feststellungen über den Verbleib des Ausweises sind umgehend dem Leiter der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede I mitzuteilen.

Nr. 45. Ungültigkeitserklärung eines Amtssiegels eines bereits aus dem Amt entlassenen Anwaltsnotars

Bekanntmachung d. MIJ vom 9. Juli 1998
(5413 E - I B. 9/98) - JMBl. NW S. 225 -

Die Justizvollzugsanstalt Castrop-Rauxel hat mit Schreiben vom 9. 6. 1998 bekannt gemacht, daß dort ein Gummisiegel des ehemaligen Anwaltsnotars Günter Potthast in Herne aufgefunden worden ist. Nach dem Ausscheiden aus dem Notaramt am 24. 8. 1992 sind sämtliche Dienststempel und -stempel des Notars am 29. 3. 1993 beim Amtsgericht Herne abgeliefert und vernichtet worden. Es ist nicht mehr festzustellen, ob es sich bei dem aufgefundenen Gummisiegel um ein gefälschtes Dienststempel handelt.

Das Amtssiegel wird hiermit für ungültig erklärt.

Anhaltspunkte für eine unbefugte Benutzung bitte ich unmittelbar dem Präsidenten des Landgerichts Bochum mitzuteilen.

Beschreibung des Amtssiegels

nicht numerierter Gummistempel mit dem Landeswappen von Nordrhein-Westfalen

Durchmesser: ca. 34 mm

Umschrift: Günter Potthast Notar in Herne

Personalnachrichten**Ministerium für Inneres und Justiz - Bereich Justiz -**

Ernannt:

z. RegAmfFrau: RegOlnsp.in Andrea Steven; z. RegAmfInsp.in: RegHSekr.in Birgit Piotraschke.

Ruhestand:

RegDir.in Hildegard Eisen.

OLG-Bezirk Düsseldorf

Gerichte

Ernannt:

z. Richter.in am LG/Richter am LG: Richter/innen Barbara Strupp-Müller, Gudrun Roitzheim, Johanna Brückner-

Anlage 2

In NRW bestehen nur 4 Präsidialamtsgerichte, und zwar in

Dortmund mit	81 Richterstellen,
Düsseldorf mit	92 Richterstellen,
Essen mit	65 Richterstellen und in
Köln mit	145 Richterstellen.

Die weiteren 15 Amtsgerichte am Sitz der Landgerichte haben folgende Richterstellen:

AG Aachen:	49	AG Kleve:	16
AG Arnsberg:	10	AG Krefeld:	36
AG Bielefeld:	37	AG Mönchengladbach:	23
AG Bochum:	46	AG Münster:	34
AG Bonn:	48	AG Paderborn:	21
AG Detmold:	15	AG Siegen:	21
AG Duisburg:	41	AG Wuppertal:	48
AG Hagen:	29		

Im Vergleich dazu haben andere Länder Präsidentenamtsgerichte eingerichtet mit folgenden Richterstellen:

Freiburg i.Br. (Baden-Württemberg):	28	Gießen (Gießen):	28
Karlsruhe (Baden-Württemberg):	34	Kassel (Hessen):	53,5
Mannheim (Baden-Württemberg):	36	Wiesbaden (Hessen):	42,5
Stuttgart (Baden-Württemberg):	55	Braunschweig (Niedersachsen):	31
Augsburg (Bayern):	42	Hannover (Niedersachsen):	98
München (Bayern):	197	Saarbrücken (Saarland):	39,5
Nürnberg (Bayern):	66,5	Chemnitz (Sachsen):	36
Potsdam (Brandenburg):	35	Dresden (Sachsen):	65
Bremen (Bremen):	61,2	Halle (Sachsen-Anhalt):	38
Bremerhaven(Bremen):	18	Magdeburg (Sachsen-Anhalt):	32
Hamburg (Hamburg):	190	Kiel (Schleswig-Holstein):	32,5
Darmstadt (Hessen):	38	Lübeck (Schleswig-Holstein):	27
Frankfurt a.M. (Hessen):	138	Erfurt (Thüringen)	34

Der Deutsche Richterbund fordert den Landtag auf, die Verwaltungsstruktur der Amtsgerichte, die mit besonderen Aufgaben betraut werden, zu verbessern und die Möglichkeit zu Prüfung, weitere Präsidialamtsgerichte einzuführen oder jedenfalls die Beförderungsstruktur der Leiter und Aufsichtsführenden dieser Gerichte zu verbessern. Erforderlich ist die Erhöhung der Besoldung in allen Amtsgerichten, und zwar bis zu 30 Richterstellen durch Erhöhung der Stellenzulage, ab 31 Richterstellen durch Eingruppierung des Leiters in R3 und ab 41 Richterstellen in R4, sofern keine Präsidentenstellen eingerichtet werden.

Nach der geltenden Rechtslage, die sich aus der Anlage III zum Bundesbesoldungsgesetz ergibt, wird ein Direktor des Amtsgerichts ab 4 Richterstellen die Besoldungsgruppe R2, und ab 8 Richterstellen mit R2 und einer Stellenzulage besoldet. Die Einstufung als Präsident eines Amtsgerichts ist bis zu 40 Richterstellen in R3 und von 41 bis 80 Richterstellen in R5 vorgesehen.

Zur Geschäftsentwicklung im Bereich der Staatsanwaltschaften
des Landes NRW

Geschäftsanfall Js-Sachen (Täter ermittelt) im
staatsanwaltschaftlichen Dezernat (ohne Amtsanwaltsdezernate =
Eigentums- und Vermögensdelikte
- Schaden unter 3.000,00 DM, Trunkenheitsfahrten,
Körperverletzung, Beleidigungsdelikte pp.):

<u>1990</u>	<u>1994</u>	<u>1995</u>	<u>1996</u>	<u>1997</u>
413.534	445.342	466.872	499.552	506.945

Diff. 94 - 97: 61.603 (= 98 Pensen)

tatsächliche Personalverwendung und effektive Belastungsquote:

1994

1.278,37 Pensen: 935,72 StA'e = 136,6 %

1995

1.342,62 Pensen: 929,58 StA'e = 144,4 %

1996

1.407,7 Pensen: 924,0 StA'e = 152,3 %

1997

Die Zahlen lagen bei Abfassen dieser Übersicht nicht vor.
Die effektive Belastung ist jedoch weiter gestiegen.


(Uniemann)
Staatsanwalt